



STIMME DER ARBEIT

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen im Saarland



Neue Halberg-Guss Der Weg bis zur vorläufigen Rettung

Neue Halberg Guss- Der Weg bis zur vorläufigen Rettung von Patrick Selzer, 1. Bevollmächtigter der IGM Saarbrücken

Die Situation bei Neue Halberg Guss gibt Hoffnung für eine langjährige Perspektive. Eine Perspektive in die Zukunft, die noch vor wenigen Tagen fast unmöglich erschien. Mit dem Gesellschafterwechsel haben wir nun bei Neue Halberg Guss eine Chance für eine Zukunftsperspektive, da die Kunden insgesamt ihre Unterstützung zugesagt haben.

Wie kam es dazu oder wie konnte es überhaupt soweit kommen, dass ein Traditionsunternehmen wie Halberg mit einer über 262 jährigen Historie in diese Misere geraten konnte.

Um die Entwicklung und die Hintergründe zu verstehen, muss man im Jahre 2009 beginnen. Im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise kam Halberg Guss in wirtschaftliche Schieflage, was dazu führte, dass Halberg Guss in Insolvenz geriet.

Diese Insolvenz konnte erfolgreich gemeistert werden, so dass man ohne betriebsbedingte Kündigungen und mit einem neuen Investor in die Zukunft starten konnte.

Dies gelang jedoch nur, da es seitens der Belegschaft die Bereitschaft gab, mit Arbeitnehmerbeiträgen, die Sanierung von Halberg Guss zu unterstützen.

Leider wurde die Sanierung von der damaligen Geschäftsführung nicht in ausreichendem Maße umgesetzt, mit der Folge, dass in 2015 wieder eine Insolvenz vor der Tür stand. Vor diesem Hintergrund wurde dann erneut eine Sanierung i. V. m. einem Zukunftskonzept bis Ende 2018 vereinbart.

Leider verschärfte sich die Situation bei Neue Halberg Guss zunehmend, da die Preispolitik der Automobilhersteller sich extrem zuspitzte. Hinzu kam die Diesel-Gate-Affäre und das Verhalten der Banken.

Kredite wurden aufgekündigt, welche das Unternehmen zusätzlich extrem belastet haben. Der Wechsel zur Süddeutschen Beteiligungsgesellschaft im Sommer 2017 führte nur kurzfristig zur Entspannung der Lage. Banken und Kunden waren aber weiterhin dabei, die angespannte finanzielle Situation bei Neue Halberg Guss bis an die absolute Schmerzgrenze zu treiben.

Dies führte dann dazu, dass Neue Halberg Guss an die Prevent-Gruppe verkauft wurde. Die bosnische Familie Hastor, die der Hauptgesellschafter der Prevent-Gruppe sind, hatten bereits im

Vorfeld mehrere Auseinandersetzungen mit dem Kunden VW.

Dies wurde von nun an auch leider zum Leidwesen der Belegschaft über Neue Halberg Guss fortgesetzt. Dabei muss man wissen, dass VW gut die Hälfte des Produktionsvolumen ausmacht.

Das Geschäftsmodell des Prevent- Managements sieht vor, über extreme Preiserhöhungen von teilweise bis zu 1000% vor dem Hintergrund der Abhängigkeit der Kunden, in kürzester Zeit sehr hohe Gewinne einzufahren. Die Folge und die Kehrseite des Modells ist jedoch, daß nach und nach alle Kunden abspringen und sich neue Alternativen als Zulieferer besorgen bzw. aufbauen.

Fazit in kurzer Zeit enorme Gewinne zu erzielen und damit aber gleichzeitig die Zukunft und den Erhalt des Unternehmens und der Standorte dabei zu opfern.

Erste Folgen waren bereits 4 Monate nach dem Wechsel zu Prevent erkennbar.

Im Juni 2018 wurde dann der Interessensvertretung der Arbeitnehmerseite dargestellt, daß das Werk in Leipzig geschlossen werden soll und in Saarbrücken ein massiver Stellenabbau bevorstehen würde.

Diesem Modell hat sich die Belegschaft entgegengestellt und sich gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze gestemmt.

Im Rahmen eines Sozialtarifvertrages haben wir als IG Metall gemeinsam mit den Mitgliedern, mit der Belegschaft versucht, eine nachhaltige Lösung zu erzielen.

Dies sollte vor dem Hintergrund, dass die Gewinne treuhänderisch verwaltet werden sollten und entweder für den Erhalt der Arbeitsplätze an die Gesellschafter auszuschütten oder bei Verlust des Arbeitsplatzes an die Betroffenen anteilig auszuzahlen.

Fast 47 Tage haben die



Kollegen/innen an beiden Standorten im Rahmen eines Arbeitskampfes für den Sozialtarifvertrag gekämpft.

Dies war mit vielen Strapazen und einer hohen emotionalen Belastung für die Beschäftigten von NHG verbunden.

Heute, da ein Verkauf vollzogen wurde, sehen wir eine große Chance, daß angeschlagene Vertrauen der Kunden zurück zu gewinnen und somit dem bisherigen Szenario zu entfliehen. Die Entwicklung unter dem Geschäftsmodell von Prevent war absehbar, daß zuerst der Standort Leipzig geschlossen und wenige Monate später auch Saarbrücken von einer kompletten Schließung betroffen wäre. Dies hätte dann im Ergebnis dazu geführt, daß ca. 1750 NHG- MitarbeiterInnen und ca. 450 Leiharbeitsbeschäftigte, also insgesamt 2200 ArbeitnehmerInnen direkt von der Arbeitslosigkeit bedroht waren.

Mit der Übernahme sehen wir gute Chancen, diese Entwicklung abwenden zu können. Wie gut bzw. wie erfolgreich dies gelingt ist und bleibt von der weiteren Entwicklung im Automobilsektor und der Unterstützung der Kunden abhängig.

Aber diese Chance die Beschäftigung langfristig sichern zu können, ist neben der zahlreichen Unterstützung und Solidarität aus den Betrieben und in der Öffentlichkeit, sowie der Unterstützung durch das Wirtschaftsministerium, letztendlich aber vor allem dem sehr disziplinierten Verhalten der „Halberger“ geschuldet.

Wir als IGMetall haben die Unterstützung gegeben und einen möglichen Weg aufgezeigt. Aber dies konnten wir nur aufgrund des hohen Organisationsgrades, der absoluten Solidarität innerhalb der Belegschaft und dem couragierten Auftreten der Mitglieder erreichen.

Die hohe Disziplin und der Zusammenhalt der Halberger Familie waren die herausragenden Faktoren, um diesen Arbeitskampf führen zu können und erfreulicherweise auch mit erfolgreichen Ergebnis abschließen zu können.

Ich bin stolz, daß die IGMetall Saarbrücken in die Halberger Familie aufgenommen wurde und wir als ein geschlossenes und unzertrennliches Team agiert haben.

Dieser Erfolg ist ein gemeinsamer Erfolg der Arbeitnehmer/innen im Saarland und der bundesweiten Solidarität, die uns flächendeckend ohne Einschränkungen zu Teil wurde.

Deshalb auch ein großes Dankeschön der IG Metall Saarbrücken und der Beschäftigten von NHG

Viele Grüße

Patrick Selzer

1. Bevollmächtigter der IGM Saarbrücken



Neue Hoffnung für über 400 Beschäftigte

Um 5 vor 12 Uhr am 29. November 2018 wurde der Verkauf der „Neuen Halberg Guss“ an den neuen Eigentümer „One square Advisors“ besiegelt. Fünf vor zwölf war es aber auch im übertragenen Wortsinn. Denn 400 feste Mitarbeiter und Leiharbeiter des Unternehmens standen vor der Entlassung. Das Schicksal des Werkes und der noch verbleibenden Belegschaft höchst ungewiss. Doch nun haben die Saarbrücker – und vergessen wir das nicht: auch die Leipziger – Gusswerke eine Zukunft.

Was war geschehen? Vor einem Jahr gab es einen Eigentümerwechsel. Eine Unternehmensgruppe übernahm einen Betrieb, der bis dato große deutsche Automobilunternehmen mit Motorkomponenten belieferte. Eigentlich ein normaler Prozess, dass neue Eigner neue Strukturen in ein Unternehmen einbringen wollen. Nicht normal war dagegen, dass dabei langjährige Stammkunden verprellt wurden. Kein Kunde eines Unternehmens ist bereit, von heute auf morgen das zifache der bislang vereinbarten Preise zu zahlen. Verantwortung gegenüber hunderten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Familien gleich null.

Der neue Eigentümer scheint sich dieser besonderen – auch den Menschen zugewandten – Verantwortung zu stellen. Gewiss: die kommenden Monate und Jahre werden für alle Beteiligten nicht einfach. Es werden von allen Seiten Zugeständnisse abverlangt werden. Aber: Wenn man sich auf Augenhöhe bewegt und gemeinsam nach guten Wegen sucht, dann wird sich Erfolg einstellen.

Mein Respekt gilt den Frauen und Männern der Gusswerke Saarbrücken und Leipzig: der Belegschaft, der Geschäftsführung und dem Eigner. Sie sind mit gewerkschaftlicher und wirtschaftspolitischer Unterstützung einen Mut machenden und Beispiel gebenden Weg gegangen.

Peter Gillo

Regionalverbandsdirektor

Arbeitsbedingungen im privaten Omnibusgewerbe LVS im Saarland

Seit 10 Jahren war der Arbeitgeberverband privates Omnibusgewerbe LVS im Saarland kein Tarifpartner mehr von ver.di, sondern bei der Christlichen Gewerkschaft GÖD. In dieser Zeit wurden die Arbeitsbedingungen zum Teil erheblich verschlechtert, vor allem was unbezahlte Pausen und schlechte Arbeitsbedingungen angeht. Schichten bis zu 15 Stunden sind zweimal wöchentlich möglich, ansonsten bis zu 13 Stunden, bezahlt bekommen die Kolleginnen und Kollegen davon oftmals weniger als 8 Stunden bei einer Wochenarbeitszeit von 41 Stunden.

Keine Freizeit und ein Gehalt von 2280,-Euro brutto sprechen nicht für die Attraktivität des Berufes und der Branche.

Im Jahr 2017 hat sich ver.di diesem Problemen gestellt und die Betriebe vor Ort aufgesucht und befragt. Das Ergebnis waren eine hohe Unzufriedenheit und eine hohe Fluktuation in allen Betrieben. Daraus haben wir eine Kampagne gestartet „Busfahreraufstand“ um Ende 2018 wenn der Tarifvertrag der GÖD ausläuft diesen auch mit Macht verhandeln zu können.

Mittlerweile sind mehr als 300 Kolleginnen und Kollegen diesem Ruf gefolgt, 3 Betriebsratsgremien gewählt, sowie nach einem Warnstreik Tarifverhandlungen mit der ver.di aufgenommen. Das aktuelle Angebot beinhaltet Lohnsteigerungen von über 10%, eine Verdoppelung der bezahlten Pausen und vieles mehr.

Unsere Ziele sind klar, 2800,- Euro brutto Einstiegsgehalt und die



5 Tage Woche in allen Betrieben, sowie Betriebsräte die diese Erregenschaften auch überwachen und durchsetzen. Am liebsten in einem einheitlichen Tarifvertrag für die ganze Branche. Das ist nicht in einem Schritt zu realisieren, aber in mehreren schon. Dafür brauchen wir politische Unterstützung der Landräte als Aufgabenträger, die für kleines Geld keinen funktionierenden ÖPNV erhalten können! Dies wäre genau der erste richtige Schritt in eine bessere Zukunft und macht Hoffnung.

Lasst uns deshalb gemeinsam dafür werben den Beruf wieder attraktiver zu gestalten, um ihn Zukunftsfit zu bekommen, sonst fehlen in kurzer Zeit mehr als die bisher von uns berechneten 100 BusfahrerInnen.

In diesem Sinne Glückauf und Danke für eure Unterstützung!

Christian Umlauf
ver.di ÖPNV Saar



Schwächung und Abschaffung der Deutschen Rentenversicherung ?

Im Durchschnitt darf oder muss der/die Deutsche Arbeitnehmer/ in nach 35 Beitragsjahren oder 420 Beitragmonaten in „die Rente“, mit mtl 779,- Euro im Durchschnitt !

Aktuell erleben wir, dass mittlerweile 1 Million Menschen im Alter, und bei Erwerbsminderung auf Grundsicherung angewiesen sind! Parallel dazu wird systematisch die Deutsche Rentenversicherung, der Garant der Gesellschaftlichen Stabilität in Deutschland enteignet.

Bedingt durch die paritätische Finanzierung der Mütterrente (AN +AG) , die die nächsten 8 Jahre ~ 35 Milliarden Euro kosten wird, sowie die zeitliche Erweiterung der Rückstellung auf 12 Monate wird die Deutsche Rentenversicherung vor Probleme gestellt. Da alle Mütter und alle Kinder den gleichen Wert darstellen, muss die gesamte Mütterrente steuerfinanziert werden.

Viele Unternehmen wären froh, wenn ihre Gewinnkurven so deutlich nach oben zeigten, wie die Kurven des Statistischen Bundesamtes über die Quote der Empfänger von Grundsicherung im Alter seit der „Reform 2005“.

Auch der sehr industriell geprägte Kreis Saarlouis verzeichnet hier einen Anstieg der Bezieher von Grundsicherung im Alter. In den letzten 3 Jahren ist in diesem Kreis ein Anstieg von 1070

über 1092 auf 1163 Personen aktenkundig. Rechnet man alle Personen, auch die Erwerbsgeminderten zusammen, dann sind 2382 Personen betroffen. Dem gegenüber stehen 9551 Erwerbsfähige Leistungsbezieher, davon 575 Personen über 60 Jahre!

Dazu noch eine Ungerechtigkeit! Wer eine Betriebsrente in Form einer Direktversicherung „bezieht“, muss auf diese „Rente“ Beiträge zur Krankenkasse abführen, obwohl er diese schon entrichtet hatte!

Man wundert sich schon, mit welcher Kaltschnäuzigkeit Politiker im Bundestag den Rentnern/innen das Geld aus der Tasche ziehen. Das 3 Säulen Modell: Staatliche, Betriebliche und Private Rente wird so unglaublich, zumal einige Säulen nicht abgesichert (Hartz 4) sind. Gleichzeitig wird vermehrt verlangt, man sollte doch bitte fürs Alter vorsorgen. Dazu gesellt sich die Erhöhung der Grundsteuer für „Eigenheimbesitzer“ und erhöhte Belastung durch steigende Energiepreise, auch verursacht durch Energiesteuern. Rechnet man die steigenden Kosten der Ver – und Entsorgung hinzu, dann darf ein zukünftiger Durchschnittsrentner ~ 50 % seiner im europäischen Vergleich dürftigen Rente „abführen“.

Jürgen Löw

Mitglied des AfA Landesvorstandes Saar aus dem AfA Kreisverband Saarlouis



Der Mensch steht nicht im Weg sondern im Mittelpunkt der Industrie 4.0

Über die Auswirkungen der Digitalisierung und Industrie 4.0 wird viel diskutiert, geschrieben und dabei wild spekuliert. Die erwarteten Auswirkungen reichen von einem bedrohlichen Arbeitsplatzabbau in noch nie dagewesener Dimension, bis hin zur Schaffung einer Vielzahl neuer Berufsbilder, die mit ihrem Beschäftigungspotenzial den Abbau „alter“ Arbeitsplätze mehr als ausgleichen sollen. Die Digitalisierung ist bereits seit Jahren im Gange, sie nimmt an Geschwindigkeit und öffentlicher Wahrnehmung zu. Versuche zur Abkopplung der Finanzierung unserer Sozialsysteme und zur Aufweichung von Arbeitsgesetzen geschehen parallel dazu.

Inhaltlich getrieben wird das Thema Digitalisierung durch die technologische Machbarkeit und Finanzierbarkeit. Während auf der Seite der Unternehmensmanager vor allem Chancen durch die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit propagiert werden, stehen für Gewerkschaften, Betriebsräte und Beschäftigte die notwendigen Qualifizierungen sowie Lösungen für die Risiken im Vordergrund. Dies hat seine Berechtigung.

Bei der Arbeitnehmer-Mitgestaltung geht es darum, die technischen Möglichkeiten in einem humanen Handlungsrahmen zu integrieren, nicht umgekehrt. Intelligente Assistenzsysteme und autonom handelnde Routine-Abläufe inkl. Entscheidungsalgorithmen arbeiten über Unternehmensgrenzen hinweg. Hier zeigt sich, dass sowohl die Datenerfassung, der Datenaustausch und die Verarbeitung vereinheitlicht werden müssen. Überträgt man dies auf die Personalpolitik im Unternehmen, zeigt sich klar, dass hierzu verstärkte einseitige Forderungen seitens der Unternehmer und Arbeitgeberverbände aufgestellt werden. Die Arbeitsbedingungen sollen entsprechend flexibel angepasst werden können um die Notwendigkeiten der technischen Abwicklung lückenlos zu erfüllen.

Genau hier setzt steuernd die Sozialpolitik an. Gesundheitsschutz, Zeitsouveränität sowie Beschäftigungssicherung sind die wesent-

lichen Leitplanken guter Arbeit 4.0. Zeitgleich müssen auch die Instrumente unserer sozialen Marktwirtschaft ausgebaut werden. Hier besteht heute bereits Nachholbedarf. Überlassen wir dieses Feld den einseitig wirtschaftsnahen Parteien, sind unsere staatlichen Sozialsysteme weiter von einer sukzessiven Abschaffung bedroht. Die betrieblichen Altersvorsorgemodelle und privat zu finanzierende Zusatzversicherungen können dies nicht ausgleichen. Sie stehen auch nicht allen Arbeitnehmern gleichermaßen zur Verfügung. Auch reicht das Einkommen bei vielen Arbeitnehmern einfach nicht aus, sich weitere Versicherungen leisten zu können.

Wie (un)paritätisch darf es denn werden? Wenn vielleicht in Zukunft weniger, dafür höher bezahlte Fachkräfte komplexere Aufgaben lösen, sind dann Beitragsbemessungsgrenzen für die Renten- und Arbeitslosenversicherung noch angebracht? Wenn künstliche Intelligenz Aufgaben von Menschen übernimmt, ist dann vielleicht eine Steuer, abhängig vom Installationsgrad autonomer IT-Systeme sinnvoll? Ohne ein sozialdemokratisches Konzept würden Finanzierungslücken abermals kollektiv von den Arbeitnehmern über Steuergelder ausgeglichen werden müssen, während unsere Steuerpolitik zugleich nicht nachvollziehbare „Steuroptimierungen“ für Unternehmen und Superreiche zulässt?

Die Vorteile der Digitalisierung müssen für die Verbesserung der Lebens-, der Arbeitsbedingungen und der Verringerung der Arbeitsbelastung eingesetzt werden. Der Sozialstaat und seine Systeme müssen zeitgleich als Sozialsystem 4.0 durch eine weitsichtige Sozialpolitik gestärkt werden. Die Mitglieder der AfA Saar setzen sich für die humane Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft ein und berücksichtigen deren Bedürfnisse.

Sascha Cavelius

Mitglied des AfA Landesvorstandes aus dem AfA Kreisverband Saarbrücken-Land



AfA Kreisverband Merzig-Wadern fordert Abschaffung des Elternbeitrages bei Kitas

In einem gemeinsamen Antrag der SPD Arbeitsgemeinschaften: AfA, Jungsozialisten, AG sozialdemokratischer Frauen und der AG 60+, an die SPD Saar und damit auch die Landesregierung, wird die Abschaffung des gesetzlichen Elternanteils an den Personalkosten gefordert. Und zwar schnellstmöglich.

Dieser Elternbeitrag pro Kind und Monat ist eine starke Belastung besonders für die jungen Eltern. Der Elternbeitrag ist im Gesetz festgelegt mit einem Höchstbetrag von max. 25% an den Personalkosten der jeweiligen Einrichtung. Da kommen schon mal bei zwei Kindern in Krippe und Kita 500 Euro zusammen.

In Rheinland Pfalz und Berlin ist dieser Elternbeitrag abgeschafft worden. Wir fordern für das Saarland ebenso die Abschaffung.

Das entsprechende Landesgesetz über die Kostenverteilung ist umgehend zu ändern und die Eltern von dieser finanziellen Belastung freizustellen.

Von der Grundschule bis zum Abitur ist der weitere Bildungsweg der Kinder für die Eltern auch kostenfrei. Kitas sind auch Bildungseinrichtungen. Es wird ja schließlich am Ende der Kindergartenzeit ein entsprechender Bildungsstand zum Übergang in die Schule erwartet und auch gewährleistet.

Raymond Greuter

AfA Kreisvorsitzender Merzig-Wadern, stellv. AfA Landesvorsitzender Saar



Zur Debatte um die HIL GmbH

Die Diskussion um eine die Privatisierung der Heeresinstandsetzungslogistik GmbH (HIL) zieht sich schon über einige Jahre. Neben dem Werk in Darmstadt und Doberlug-Kirchstein befindet sich in St. Wendel ein weiterer Betriebsstandort.

2016 wurde nach sehr kontroversen Debatten im Rahmen einer vom Bundesverteidigungsministerium in Auftrag gegebenen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung geprüft, ob zur Erreichung einer nachhaltigen Beschäftigungs- und Standortsicherung die Abgabe der drei HIL-Werke an private Betreiber wirtschaftlicher wäre, als die Fortführung in Eigenregie. Im Ergebnis hat sich das Bundesverteidigungsministerium für die Privatisierung der HIL GmbH entschieden, mit der es sich Einsparungen von rund 181 Millionen Euro erhoffte.

Statt der Privatisierung dominiert seit Wochen das dubiose Verhalten des Bundesverteidigungsministeriums die Schlagzeilen. Ohne dass bisher ein erkennbares Vorankommen bei dem Verkauf der HIL zu verzeichnen gewesen wäre, ist mittlerweile bekannt, dass die durch freihändige Vergabe zweifelhafter Beraterhonorare durch das Ministerium von Ministerin Ursula von der Leyen in den letzten beiden Jahren rund 42 Millionen Euro für Anwalts- und Beraterkosten ausgegeben wurden. Diese Kosten wurden in der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung 2016 überhaupt nicht einkalkuliert. Betroffen ist damit auch der in St. Wendel an-

sässige Betrieb, der mit seinen 630 Beschäftigten und 190 Ausbildungsplätzen der größte Arbeitgeber in der der Region ist. Die HIL hat bundesweit mehr als 2.000 engagierte Beschäftigte.

Aufgrund stetig wachsender internationaler Krisen ist es nötiger denn je, dass das Heer durch die wichtige Arbeit der HIL von Aufgaben des Grundbetriebes entlastet wird. Die Werke der HIL steht dabei für Zuverlässigkeit und Qualität, die Arbeit der vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der HIL GmbH ist für die Bundeswehr unersetzlich.

Statt Geld für externe Berater aus dem Instandsetzungsetat zu nehmen, sollten wieder Neueinstellungen und Investitionen in die Werke vorgenommen werden. Es gibt für mich daher nach wie vor keinen Grund, die professionelle und konkurrenzfähige Arbeit der HIL nun in die Privatwirtschaft auszulagern. Ich spreche ich mich daher nach wie vor ganz klar klar gegen eine wie auch immer geartete Privatisierung der HIL-Werke aus.

Wir brauchen eine gut aufgestellte HIL in staatlicher Hand und Solidarität mit dem Betriebsrat der HIL GmbH sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern! Und: wir brauchen Sicherheit für alle Beschäftigten der HIL!

Chris Petry
MdB



Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren!

Gemeinsam mit unseren Partnern aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaft, Sozialverbänden, Arbeitsmarkt und Kirche ist es uns gelungen, das größte saarländische Arbeitsmarktprojekt der vergangenen Jahre zu starten. Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger hatte am 22. November rund 30 Institutionen zum ersten saarländischen Beschäftigungsgipfel in das Saarbrücker Mühlenviertel eingeladen. Gemeinsam mit der Ministerin unterzeichneten sie ein Memorandum, in dem sie sich auf die Mitwirkung am „Saarländischen Beschäftigungspakt für öffentlich geförderte Beschäftigung und soziale Teilhabe“ verständigen.

Der Beschäftigungspakt ist ein entscheidender Schritt hin zu einem sozialen Arbeitsmarkt. Trotz der positiven Entwicklung am saarländischen Arbeitsmarkt ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen nach wie vor hoch. Hierzulande sind 10.500 Menschen langzeitarbeitslos – das entspricht über 34 Prozent aller Arbeitslosen an der Saar. Nachhaltige Verbesserungen sind unbedingt erforderlich – und selten war die Zeit dafür so günstig wie heute. Mit dem Beschäftigungspakt legen wir den Grundstein für existenzsichernde Beschäftigung, gute Arbeit und soziale Teilhabe im Saarland.

Unser Ziel ist es, individuelle Integrationsstrategien für alle von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen im Saarland zu schaffen. Denn: So individuell wie der Weg in die Langzeitarbeitslosigkeit, so individuell muss auch der Lösungsansatz für eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt sein. So können wir bewerkstelligen, dass Menschen,

die bisher noch nicht vom Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt profitieren konnten, neue Perspektiven auf eine sinnvolle und existenzsichernde Beschäftigung erhalten. Gerade bei Menschen in schwierigen Lebenslagen ist eine individuelle und professionelle Beratung in den Jobcentern unabdingbar. Nachhaltige Erfolge können nur dann erzielt werden, wenn alle Arbeitsmarktpartner Hand in Hand arbeiten. Daher haben wir im Memorandum auch den ganzheitlichen Ansatz zur Betreuung, Integration und Teilhabe von Beschäftigten festgehalten.

Eine tragende Säule zur Finanzierung der Maßnahmen des Beschäftigungspakts bildet der Passiv-Aktiv-Transfer. Mit dem Teilhabechancengesetz, das Anfang November vom Bundestag verabschiedet wurde, ist es endlich gelungen, den Passiv-Aktiv-Transfer in den Ländern zu ermöglichen. Damit kann die Finanzierungsbasis für öffentlich geförderte Beschäftigung wesentlich breiter und bedarfsgerechter aufgestellt werden. Hier ist es der SPD zusätzlich gelungen, bei der Bemessung des Lohnkostenzuschusses nicht nur den gesetzlichen Mindestlohn, sondern auch darüber hinausgehende Tariflöhne vorzusetzen. Dafür hatte sich insbesondere das Saarland auf Bundesebene stark gemacht.

In Zukunft werden wir Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.

Jürgen Barke
Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr



WENDEPUNKT bei den KOMMUNALFINANZEN!

Ein großer Teil der saarländischen Kommunen leidet aktuell unter der Last hoher Kassenkredite, verursacht dadurch, dass ihre Einnahmen nicht zur Deckung der laufenden Ausgaben ausreichen und mit der Folge, dass Geld für notwendige Investitionen fehlt. In den vergangenen Jahren ist daher bei vielen Saarländerinnen und Saarländern der Eindruck entstanden, dass ihre Gemeinden aufgrund der Finanzsituation bei wichtigen Investitionen schlechtere Chancen haben als zahlreiche Kommunen außerhalb des Saarlandes. Der Saarlandpakt sorgt jetzt dafür, dass die Verantwortlichen in den Kommunalparlamenten in Zukunft wieder die Möglichkeiten haben, die Dinge vor Ort so zu gestalten, dass die saarländischen Gemeinden für ihre Bürgerinnen und Bürger ein attraktives Daheim bleiben. Ab 2020 übernimmt das Land 1 Mrd. € Schulden von saarländischen Kommunen. Mit jährlich 30 Mio. € zahlt das Land diese Schulden innerhalb von 45 Jahren ab. Die Gemeinden mit Kassenkrediten sind dadurch die Hälfte ihrer Schulden auf einen Schlag los. Aber der Saarlandpakt hat nicht nur den Abbau von Schulden, sondern auch den Aufbau von Investitionsmitteln zum Ziel. Dafür erhalten die saarländischen Gemeinden ab 2020 zusätzliche 20 Mio. € jährlich vom Land. Geld, mit dem sie Schulen, Straßen oder Freizeiteinrichtungen wieder auf Vordermann bringen können.

Der SPD Saar war es wichtig, dass für die Kommunen eine Lösung gefunden wird, die sie in die Lage versetzt, aus eigener Kraft ausgeglichene Haushalte vorlegen zu können. Die Gemeinden im Saarland haben durch ihre Sanierungsbeiträge wesentlich zur Sanierung des saarländischen Landeshaushalts beigetragen. Deshalb hat die SPD mit Erfolg darauf beharrt, dass den Gemeinden die im Kommunalpakt von 2015 versprochenen Mittel wie vereinbart zur Verfügung stehen. Genau so, wie Land und Kommunen bei der Einhaltung der Schuldenbremse zusammengearbeitet haben, wird das Land jetzt auch Hand in Hand mit den Kommunen den Weg aus der kommunalen Schuldenfalle gehen. Am Ende der Verhandlungen mit dem Koalitionspartner auf Landesebene steht mit dem Saarlandpakt somit ein Ergebnis, dessen positive Auswirkungen sich nicht nur in den Kommunalhaushalten positiv bemerkbar machen werden, sondern auch an für die Bürgerinnen und Bürger sichtbaren Projekten in ihren Gemeinden.

Zudem konnte die SPD Saar mit der Absenkung der Elternbeiträge in den KiTas einen zusätzlichen Verhandlungsfolg erzielen, der das

Saarland dem Ziel der vollständigen Beitragsfreiheit ein großes Stück näher bringt. Ab dem kommenden Jahr werden die Betreuungskosten bis 2022 schrittweise um die Hälfte gesenkt. Wer sein Kind drei Jahre im Kindergarten hat und dafür monatlich rund 200 € zahlt, spart dadurch rund 3.000 € an Beiträgen. Noch deutlicher ist die Entlastung bei den Krippenplätzen. Wer heute rund 350 € bezahlt, wird ab 2022 nur noch die Hälfte bezahlen und spart so im Jahr 2.100 €. Langfristig sind ungleiche Bildungschancen die größte Quelle für soziale Ungerechtigkeit. Mit dem Saarlandpakt ermöglicht das Land all jenen Zugang zu Kinderbetreuung, die sich das bislang nicht leisten konnten, und garantiert damit jedem Kind die beste Bildung von Anfang an. Mit der Senkung der Betreuungskosten verbessert das Land die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und nimmt dort Geld in die Hand, wo Investitionen die besten Zinsen bringen – nämlich in der frühkindlichen Bildung. Insofern ist der Saarlandpakt nicht nur ein großer Erfolg für die kommunale Familie, sondern für alle Familien im Saarland.

Anke Rehlinger

Landesvorsitzende der SPD Saar



Impressum:

Afa Saar

Redaktionsteam „Stimme der Arbeit“

Talstrasse 58, 66119 Saarbrücken

www.afa.spd-saar.de · email: afa@spd-saar.de

Layout und Druck: **AWO - Faltblatt**

Ein Beschäftigungsprojekt,

das Menschen eine Perspektive bietet.

www.awo-saarland.de · mail@faltblatt.net

Auflage: 1000 Exemplare

Redaktionsteam: Rosemarie Moog, Leslie Poure, Dagmar Ertl, Andrea Gehring, Luitpold Rampeltshammer, Marc Hupertz, Sascha Cavelius